

Julian Nida-Rümelin

Europäische Identität?

CAP-Tagung 20. Juni 2006

I. Ausgangspunkt

Das Projekt der europäischen Einigung ist trotz, wohl auch wegen der jüngsten Erweiterung der Europäischen Union um zehn weitere Mitgliedsstaaten ins Stocken, wenn nicht in eine Krise geraten. Für die aktuelle europapolitische Lage gibt es ein ganzes Bündel von Verantwortlichkeiten. In Frankreich etwa kam die Ablehnung des europäischen Verfassungsentwurfes vor allem dadurch zustande, dass die traditionellen Europagegner von rechts eine wesentliche Verstärkung von links erfuhren, wo die fehlende soziale Dimension der EU-Politik beklagt wurde. In der Tat wurden die Sozialagenden der Europäischen Union viele Jahre in der Regierungszeit Thatcher von Großbritannien blockiert und New Labour schwächte diesen Blockadekurs nur unwesentlich ab, jetzt aber sind es die neuen vordem kommunistischen Mitgliedsstaaten aus dem Osten, die ihre kompetitiven Vorteile niedriger Löhne, Steuern und Sozialabgaben nutzen wollen. Ältere historische Reflexe – die besondere transatlantische Bindung zwischen Großbritannien und den USA und die anti-deutschen Vorbehalte in Polen, Tschechien und anderen europäischen Ländern - erlaubten es der USA im Konflikt um den Irak-Krieg und angesichts einer sich abzeichnenden außenpolitischen Achse Paris-Berlin-Moskau (-Peking) eine Spaltung in sog. alte und neue Europäer zu organisieren, die unterdessen (teilweise durch Regierungswechsel) wieder weniger sichtbar ist und angesichts des Irak-Desasters wohl in kurzer Frist auch nicht mehr aufbrechen wird. In einem dramatischen Augenblick der europäisch-amerikanischen Beziehungen war jedoch die äußerste Fragilität der europäischen Einheit deutlich geworden, ja die Festlegungen seit Maastricht, etwa auf eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, eines Tages vertreten durch einen gemeinsamen EU-Außenminister, scheinen seitdem Makulatur zu sein, bevor sie überhaupt ernsthaft ins Werk gesetzt wurden.

Erweiterung und Vertiefung, dies war die Formel mit der die Spaltung Europas nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime überwunden werden sollte. Diese Vertiefung

wurde aber nicht mehr vor der Erweiterung ins Werk gesetzt und nun sind die Bedingungen dafür schwieriger geworden als je zuvor. In einigen der zuletzt aufgenommenen Mitgliedsstaaten ist das politische Bewusstsein dafür, dass die Aufnahme in die Europäische Union mit einer Abgabe nationalstaatlicher Souveränität verbunden ist, schwach entwickelt. Insbesondere die neue rechts-konservative Regierung Polens nutzt diese Stimmung für einen betont nationalistischen Kurs, der sich besonders gegenüber Deutschland, teilweise auch gegen Frankreich absetzt und eine einer vertieften EU-Integration entgegensteht. Manche der Kandidaten für eine Aufnahme, wie etwa Kroatien, Slowenien, schließlich auch Montenegro haben sich erst kürzlich als Nationalstaaten konstituiert – da fällt es schwer einen Teil nationalstaatlicher Souveränität wieder abzutreten. Der sozialistische Vielvölkerstaat Titos war stärker integriert, als die heutige EU, wurde aber bei allen Unterschieden ebenfalls von der Idee einer supranationalen politischen Einheit, mit Repräsentationsrechten der einzelnen Volks- und Sprachgruppen geleitet. Umgekehrt gilt allerdings auch, dass eine frühzeitige europäische Perspektive für die Region des früheren Jugoslawien, den nationalistischen Schwenk der vordem sozialistischen Nomenklatura und damit die Bürgerkriege, jedenfalls ihre dramatische Eskalation, wohl hätte verhindern können. Der rezente Nationalismus auf dem Balkan ist auch Ausdruck eines Politikversagens des Westens generell und der EU speziell.

Aber es gibt weiter und historisch tiefer reichende Verantwortlichkeiten für die aktuelle Lage. Die Visionäre der europäischen Einigung, De Gasperi, Adenauer, vor allem aber Monnet hatten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem eine europäische Friedensordnung im Auge. Die römischen Verträge jedoch regelten europäische Wirtschaftsinteressen im Bereich Kohle und Stahl, also der Montan-Industrie, sowie im Bereich des Handels (EWG-Vertrag). Der Etat der so gegründeten Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wurde zum größten Teil für die Förderung der Landwirtschaft eingesetzt (auch heute noch zu fast 50%). Die damit begonnenen europäischen Politiken waren zum Teil sehr erfolgreich, dies wird besonders deutlich, wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung der jeweils neu integrierten Mitgliedstaaten ansieht. FN Die europäischen Strukturfonds spielten für den Aufholprozess ärmerer Regionen eine wichtige und erfolgreiche Rolle. Zugleich aber wurde der Hiatus zwischen der Vision einer europäischen Friedensordnung im Bewusstsein gemeinsamer kultureller Werte und historischer Traditionen einerseits und dem Klein-Klein der interessengesteuerten, überwiegend intergouvernementalen europäischen Abstimmungsprozesse, begleitet von einer zunehmend autonomen EU-Bürokratie der

Kommission, immer größer. Die Strategie, übergreifende Zielsetzungen möglichst gar nicht anzusprechen, jedenfalls sie nicht zur Grundlage einer langfristigen europäischen Integrationsstrategie zu machen, vielmehr scheinbar den Prozess der Integration, wo immer es pragmatische Spielräume dafür gibt, voranzutreiben, kann spätestens heute als endgültig gescheitert gelten.

Joschka Fischer hatte als deutscher Außenminister die Debatte um die sog. Finalisierung mit seiner Humboldt-Rede (FN) noch einmal angestoßen, die dann aber im Schwung der Erweiterung und der eskalierenden, vor allem außenpolitischen Konflikte rasch wieder verebbte. Mit wem immer man heute spricht, es dominiert eine Stimmung der Ratlosigkeit, gelegentlich auch des mit Zynismus unterfütterten Pragmatismus. Schließlich laufen die Abstimmungsprozesse wie eh und je - wobei unterdessen mehr Sprachen zu berücksichtigen sind - und die Bürokratie der europäischen Kommission fühlt sich eher gestärkt, das EU-Parlament strebt nach der Rolle einer europäischen Legislative, ohne dass dies, jedenfalls mittelfristig, eine Chance hat und die Struktur-Fonds tun nach wie vor, jetzt auch im östlichen Mitteleuropa, ihre gute Wirkung. Bleibt also nur abzuwarten, Stimmungen auszuloten und in einem günstigen historischen Augenblick den im ersten Anlauf gescheiterten Verfassungsentwurf möglichst unverändert, eventuell unter einem anderen Titel, einzubringen? Oder ist Europa in eine Falle gegangen, aus der es sich auf lange Frist nicht mehr befreien kann? Geschwächt angesichts neuer aufkommender Supermächte wie China und Indien, innerlich zerstritten über das Verhältnis zur ersten Supermacht USA, uneins über das Ziel der Integration?

Krisen als Chancen zu nutzen, ist eine wohlfeile Empfehlung in der Wirtschaftsberatung. Aber im Falle der europäischen Integration scheint es dazu keine Alternative zu geben. Eine Fortsetzung der gegenwärtigen Schockstarre kann sich das Projekt Europa jedenfalls nicht auf Dauer leisten. Eine angemessene Antwort auf die gegenwärtige Krise der europäischen Integration hat mehrere Teile: Erstens eine Verständigung auf das normative Fundament der europäischen Integration, zweitens ein angemessenes Verständnis europäischer Staatlichkeit und europäischer Bürgerschaft¹ und drittens eine Finalisierung² der EU-Integration und der EU-Erweiterung.

¹ Die europäische Einigung wird nur gelingen, wenn überholte nationalstaatszentrierte Politikmodelle aufgegeben werden. Dies ist eine Herausforderung auch für die politische Theorie, aber das theoretische Rüstzeug dafür steht bereit. Ein geeintes Europa verlangt nach einer auf Kooperation einerseits und gemeinsamen ethischen wie juristischen Normen andererseits beruhende Staatlichkeit mehrerer Ebenen. Es löst

In diesem Vortrag konzentriere ich mich auf den ersten Punkt und versuche die Frage des normativen Fundamentes des europäischen Einigungsprozesses unter dem bewusst provokativen Titel „Europäische Identität?“ zu klären. Ohne einen normativen Grundkonsens, der mehr umfasst, als das Beschwören europäischer Vielfalt, wird die Europäische Union zu fragil bleiben, um die Rolle zu spielen, die sie spielen will – in der Weltpolitik und gegenüber den Mitgliedsstaaten. Diese Gemeinsamkeit ist nicht lediglich historisch oder kulturell verfasst, sondern Ergebnis normativer Setzungen und Anerkennungen, deren politische und gesellschaftliche Wirksamkeit, deren „Geltung“ nur Ergebnis eines europaweiten öffentlichen Diskurses sein kann. Dieser normative Konsens kann angesichts der Geschichte Europas nicht einfach eine Verlängerung kultureller Traditionen darstellen, er muss gestiftet werden und auf dem öffentlichen Austausch von Gründen beruhen.

II. Historischer und methodischer Rahmen

Die Identität Europas, von der hier die Rede sein soll, ist normativ verfasst. Es geht uns nicht um die Fortschreibung historischer Traditionen, auch nicht um empirische Befunde der Mentalitätsforschung, nicht einmal um die heute wirksamen kulturellen Werte und Normen. Die Identität, von der hier die Rede ist, meint auch nicht das, was im modisch gewordenen Jargon der Kulturwissenschaften als „soziales Konstrukt“ bezeichnet wird. Ein soziales Konstrukt zeichnet sich gerade dadurch aus, dass es keinen über das Konstrukt hinausweisenden Realitätsgehalt hat. Wenn vom Konstrukt der Kausalität die Rede ist, etwa in der Rechtstheorie³, dann wird die Frage der realen Kausalbeziehungen ausgeklammert. Dann geht es eben nicht darum, ob zwischen a und b ein kausaler Zusammenhang besteht, sondern lediglich darum, ob er dem betreffenden sozialen Kontext, hier einem Kontext der durch die Rechtsnormen gestiftet wird, zugeschrieben wird. Ob Kausalität zugeschrieben wird oder nicht, dies lässt sich aufgrund von Diskursanalysen klären. Ob Kausalität besteht oder

sich – jedenfalls weitgehend – von der Konstitution des Politischen durch kollektive Akteure. In einigen Aufsätzen habe ich versucht, die rationalitäts- und politiktheoretischen Elemente einer solchen Konzeption zu entwickeln: Rationality, Contractarianism and the New Europe (oder ähnlich) in Lehning/Weale..., Strukturelle Normen (EA und abgedruckt in Demokratie als Kooperation...), Was ist Staatsbürgerschaft, und zuletzt European Citizenship, in... (EURESCO-Proceedings)

² „Finalisierung“ hat eine Doppelbedeutung, die sich hier nutzen lässt. Finalisierung heißt einem Prozess ein Ziel zu setzen und damit zugleich für den Fall der Erreichung dieses Zieles ein Ende zu setzen. Finalisierung stellt den europäischen Integrationsprozess unter eine regulative Idee, gibt ihm damit eine normative Ordnung und erlaubt Kriterien der Erweiterung und damit auch ultimative Grenzen dieses Prozesses.

³ BBAW-Vortrag

nicht, lässt sich nicht allein aufgrund von Diskursanalysen klären. Die radikale Variante des Konstruktivismus bestreitet, dass es über die Diskurse hinaus noch eine Realität gibt, auf die sich diese beziehen. Der gemäßigte Konstruktivismus lässt es offen, ob eine solche Realität besteht oder nicht. Ich möchte den Realitätsgehalt jedoch weder bestreiten noch offenlassen, sondern postulieren. Ein wesentlicher Teil der normativen Verfasstheit Europas muss auf universelle Normen und Werte Bezug zu nehmen, die nicht ins Belieben des Einzelnen aber auch nicht ins Belieben einer Kultur oder eines sozialen Kontextes gestellt sind, die mit anderen Worten objektive normative Sachverhalte zum Ausdruck bringen. Es liegt allerdings auf der Hand, dass mit dem Universalitätsanspruch zugleich Modi der partikularen Abgrenzung ausgeschlossen sind. Universalismus und Identität scheinen sich also prima vista auszuschließen. Wir werden sehen, dass diese Annahme auf einem Irrtum beruht.

Auch wenn die Identität, von der hier die Rede ist, normativ verfasst ist, so macht es doch Sinn, ja es scheint unverzichtbar, diese an historische Traditionen und Erfahrungen anzubinden. Dies ist vielleicht die wichtigste Erkenntnis, die der zeitgenössische Kommunitarismus wieder ins Bewusstsein gerückt hat. Kritik, ja Normativität überhaupt, ist nur im Anschluss an bestehende Diskurse, an vorfindliche kulturelle Prägungen, an Modi des Begründens möglich. Ohne diese Anbindung bleibt die normative Kritik akademisch, sie wird keine Wirkungen entfalten und ihre Gründe lassen sich nicht in das lebensweltlich Akzeptierte einfügen. Im Falle politischer normativer Kritik ist das entscheidende Kriterium die Anschlussfähigkeit an die öffentliche politische Kultur. Was wir beabsichtigen, mag daher manchen als eine Art Spagat erscheinen: Auf der einen Seite die Orientierung an universellen Normen und Werten, die Behauptung, dass es objektive moralische Sachverhalte gäbe und auf der anderen Seite die Einbettung der Begründung in die partikulare politische Kultur und die europäischen historischen Traditionen. Dieser vermeintliche Widerspruch ist keiner, wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe⁴. Ich werde die erkenntnistheoretischen Fragen nicht erneut aufwerfen, sondern im Zuge der substantiellen Erörterung einer normativ verfassten europäischen Identität – hoffentlich – deutlich machen, dass dieser Spagat jedenfalls nicht unmöglich ist, dass er nicht versucht Unmögliches zusammenzubinden.

Wer über europäische Identität spricht, sollte bei den *Spaltungen* beginnen. Seit seinen Ursprüngen begleitet Europa eine Dialektik von Spaltung und Grenze. Die griechische und

⁴ Vgl. JNR: „Zur Reichweite theoretischer Vernunft in der Ethik“, in ders. Ethische Essays. Frankfurt am Main: stw 2002. S. 11-31, sowie ders. „Über die Vereinbarkeit von Universalismus und Pluralismus in der Ethik“, in ders. Demokratie als Kooperation. Frankfurt am Main: stw. 1999. S. 207-222.

römische Mittelmeerkultur, das Archipel, von dem Massimo Cacciari⁵ spricht, zusammengehalten durch die Wege des Meeres, nicht durch die Wege des Landes, bildet bei allen Auseinandersetzungen, mörderischen Kriegen, anhaltenden Konkurrenzen eine eben archipelagische Einheit der vielen Einzelidentitäten, miteinander verbunden durch wechselseitige kulturelle Befruchtungen, durch Handel und Migration. Über Jahrhunderte spricht der Osten dieses Europa *avant la lettre* Griechisch und der Westen Lateinisch. Diese Differenz ist zunächst vor allem eine kulturelle zwischen römischem Staats-Pragmatismus und griechischer Intellektualität, die dann in den besten Jahrzehnten des *imperium romanum* zu einem Amalgam wird, das den gesamten Mittelmeerraum dauerhaft imprägniert. Um die Zeitenwende blüht dieses Imperium auf der doppelten Grundlage römischer Staatstradition und griechischer Intellektualität und Kultur. Cicero schreibt seinen langen Brief an seinen offenbar schwer zu beeinflussenden Sohn *de officiis* und bekennt dabei offen, dass er selbst nichts Neues hinzugetan habe, sondern nur das ausgeführt, was er bei Panaithios gelesen habe. Cicero mag dabei verborgen geblieben sein, dass schon die terminologische Übertragung des Gedankengut Panaithios' gewissermaßen romanisiert, *officium* ist eben etwas anderes als *kathêkon*. Dieses ist objektivistisch zu verstehen, es ist das, was der Einzelne zu berücksichtigen hat, das was von außen an ihn herangetragen wird, während *officium* eine Gestalt eingetragener Praxis ist, eben die pflichtgemäße. In zeitgenössischen Begriffen könnte man sagen: hier wird der normative Objektivismus des griechischen Denkens in den Sittlichkeitskodex des römischen Kommunitarismus übertragen.

Die gebildeten Kreise Roms nehmen diese Kulturalisierung, oft vermittelt über griechische Haussklaven, bereitwillig auf - begleitet von der Sorge mancher Altvorderen, dass diese Kulturalisierung römische Tugenden der Zucht und der Selbstzucht unterminieren könnte. Das Amalgam erweist sich als brüchig. Über viele Jahrhunderte scheiden sich Ost-Rom und West-Rom ziemlich getreu der Sprach- und Kulturgrenze des Griechischen und des Lateinischen. Wer die heutigen Ostgrenzen der Europäischen Union nachzeichnet, wird feststellen, dass bis auf eine bezeichnende Ausnahme, die europäischen Territorien mit überwiegend orthodoxen Traditionen in der Verlängerung des byzantinischen Reiches nicht dazu gehören. Slawische Territorien ja, sofern sie frühzeitig dem katholischen Kulturkreis angehörten, orthodoxe – mit Ausnahme Griechenlands – nein. Diese Ausnahme wäre natürlich eine eigene Erörterung wert, welche Rolle graekophile Reminiszenzen des europäischen Bildungsbürgertums dabei eine Rolle spielten und wie weit die Analogien zur

⁵ Massimo Cacciari: Europa Archipelago...

heutigen Debatte um die mögliche Aufnahme der Türkei gehen, oder mit anderen Worten, wie ausschlaggebend strategische Interessen im östlichen Mittelmeer waren, um diese Ausnahme zu begründen.

Der Spaltung in West- und Ostrom, folgen weitere: Die zwischen Protestantismus und Katholizismus im 16. und 17. Jahrhundert, die zwischen den entstehenden Nationalstaaten im 18. und 19. Jahrhundert, die zwischen Faschismus und Demokratie in der ersten und dann zwischen West- und Osteuropa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Und immer stellt sich die Frage, welche dieser Spaltungen als eine (neue) Grenze Europas zu interpretieren ist, oder ob diese gar ein Ende Europas bedeutet. Das europäische Projekt muss sich immer wieder von Neuem gegen diese Spaltungen und Selbstaflösungen behaupten.

Heute ist oft davon die Rede, dass sich in der Spätantike und dann über das gesamte Mittelalter hinweg Europa nach Westen verlagert habe. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation als Nukleus. Wo aber bleibt in diesem Bild Byzanz? Erst mit dem Fall Konstantinopels im 15. Jahrhundert an die Osmanischen Herrscher und damit an den Islam geht nach gängiger Geschichtsschreibung der östliche Mittelmeerraum für Europa verloren. Dieser Islam ist seinerseits in hohem Maße von griechischer Intellektualität und Literatur geprägt. Er ist einer der drei monotheistischen Religionen deren gemeinsame Ursprünge im Nahen Osten liegen. Wenn gelegentlich gesagt wird, nicht Rom, sondern Jerusalem sei die Wiege Europas, so müsste man hinzufügen: Ist damit nur die seit dem NS-Völkermord an den Juden gerne apostrophierte *jüdisch-christliche* Kultur, oder die *jüdisch-christlich-islamische* Kultur gemeint? Und wenn dem so ist, wie haben wir die spanische Kultur unter muslimischer Herrschaft einzuordnen – war Spanien oder der größere Teil des Balkans dann in den Zeiten muslimischer Herrschaft kein Teil Europas? Nein, der Islam markiert eher eine Spaltung als eine Grenze Europas.⁶

Der historisch formulierte Befund einer Nord-West-Verschiebung Europas seit der ausgehenden Antike kamoufliert eine normative Identifikation, nämlich die Europas mit der

⁶ Wenn man die strategische Dimension der Mitgliedschaft der Türkei einmal ausklammert, dann mutet es allerdings durchaus seltsam an, dass damit eine „saturierte“ EU entstehen könnte, die einen der größten und dynamischsten muslimischen Staaten umfasst, in dem allerdings die Trennung von Staat und Religion mit größerer Konsequenz und zu einem früheren Zeitpunkt etabliert wurde, als in den meisten westlichen Demokratien, aber fast die gesamte von der christlichen Orthodoxie geprägte Region, insbesondere Russland, aber auch Serbien, ausgeklammert bleibt. Unter strategischen Aspekten spricht viel für diese Entwicklung, unter Aspekten der kulturellen Identität Europas erschiene ein solcher Endzustand nur als ein unausgeglichener Kompromiss zwischen europäischer Integrationspolitik einerseits und strategischen Interessen der NATO andererseits.

katholischen Romanität⁷. Wenn das katholische Rom als das geistige Zentrum Europas begriffen wird, dann setzt dies eine mittelalterliche Sichtweise fort für die Europa das katholische Abendland umfasste, während das ehemals europäische Morgenland zu einem östlichen, griechisch und orthodox bzw. dann zunehmend muslimisch geprägten europäischen Ausland wurde. Die Kreuzzüge unter päpstlicher Ägide sollten einen zentralen und für die christliche Überlieferung besonders zentralen Teil dieses östlichen Auslandes für das Abendland zurückgewinnen.

Da Europa nur in zwei Himmelsrichtungen – Norden und Westen – durch geographische Kontinentalgrenzen bestimmt ist, im Süden das eher verbindende als trennende Mare Medium als Brücke zum europäisch imprägnierten Nordafrika hat, und im Osten zwischen den großen kulturellen Polen des eurasischen Kontinentes, China, Indien und Europa eine gewaltige Landmasse fließender Übergänge aufweist, die sich im Norden von Wladiwostok bis in das westliche Russland und Belo-Russland, die Ukraine, das heutige Moldawien, vielleicht im Südwesten bis nach Albanien und im Süden über die heutigen kaukasischen Republiken bis in die westliche Türkei, aber auch Israel, Libanon, ja wohl auch über einen wesentlichen Teil der afrikanischen Mittelmeerküste erstreckt, muss sich Europa nolens volens anders definieren als durch Küsten und Gebirge.

Es sind aber nicht nur die fließenden Übergänge zwischen den genannten drei großen kulturellen Polen des eurasischen Kontinentes, sondern es ist vor allem die *Kolonialgeschichte europäischer Großmächte* seit der frühen Neuzeit, die das politische und das kulturelle Projekt Europa verschwimmen lässt. Samuel Huntingtons [FN] kulturalistische Theorie der Großkonflikte ist gerade wegen der Folgen dieser europäischen Kolonialgeschichte wenig plausibel. Auch wenn man seiner These zustimmt, dass ein Großteil der Konflikte der Zukunft durch kulturelle Differenzen initiiert oder zumindest moderiert wird, so ist es ganz unplausibel anzunehmen, dass z.B. der südamerikanische Kontinent dabei eine kulturelle Einheit bildet. Schließlich bestehen zwischen dem weitgehend europäischen Chile und Argentinien einerseits und der afrikanisch-karibischen Kultur weiter Teile Brasiliens und der karibischen Inselgesellschaften wenig Gemeinsamkeiten. Die indianische Tradition mit spanisch-südeuropäischem Firnis, die afrikanischen post-kolonialen Regionen Süd- und Mittelamerikas und die Nachfolger der spanischen und portugiesischen Sklavenhalter, ergänzt um europäische Einwandererwellen über vier Jahrhunderte, bilden

⁷ Kardinal Josef König ist einer der bedeutsamsten Vertreter dieser normativen Identifikation, vgl...[dazu hatten wir schon einmal einen Sammelband in dem auch J König vertreten war, ausgeliehen]

nicht das Maß an kultureller Identität, das einen ‚kulturellen‘ Kontinent zum Konflikt mit anderen treiben könnte.

Ganz anders die kulturell bzw. religiös verfassten Konfliktlinien innerhalb Europas, aber auch innerhalb etwa des indischen und hinterindischen Subkontinentes. Im Kaschmir-Konflikt prallen nicht nur zwei regionale Vormächte mit ihren nationalen Interessen aufeinander, sondern auch zwei Kulturkreise, deren Hegemonialanspruch zu schwer kontrollierbaren Eskalationen führen kann. Die Aufmerksamkeit der westlichen Medien ist auf den Nahost-Konflikt, d.h. primär den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, seit dem zweiten Irak-Krieg auch zwischen den USA und den internationalen Brigaden islamistischen, aber auch nationalistischen Terrors gerichtet und übersieht Vorboten großer Kulturkonflikte etwa in den südlichen Regionen Thailands zwischen buddhistisch und islamisch geprägter Kultur, die Feindschaften zwischen unterschiedlichen muslimischen Konfessionen und ihren politischen Repräsentanten, etwa zwischen afghanischen Taliban und schiitischen Mullahs im Iran, zwischen den traditionell im Nahen Osten dominierenden Sunniten und den durch die US-Interventionen aufgewerteten und politisch gestärkten Shiiten, zwischen den konfuzianisch-kommunistischen Parteikadern des chinesischen Großreiches (ich verwende diesen Begriff bewusst) und den buddhistischen, islamischen und christlichen, chinesischen und tibetischen Minderheiten.

Diese kulturell initiierten und moderierten Konflikte haben eines ganz zweifelsfrei vor Augen geführt: Es geht nicht lediglich um Interessen, zumal nicht um ökonomische oder nationalstaatliche. Der ökonomistisch verengte Interessenbegriff liberalistischer, wie marxistischer Denker hat den Blick verstellt auf eine angemessene Analyse historischer, wie aktueller Konflikte. Der scharf gefasste Interessenbegriff in Anwendung auf Individuen und Staaten war in meinen Augen schon immer eine Chimäre. A.O. Hirschmann [FN] hat dazu im Grunde alles Wesentliche gesagt. Es ist die Vielfalt der Leidenschaften und die mit Leidenschaften verbundenen Handlungsgründe, die individuelles und staatliches Verhalten steuern, Interessen im engen Sinne der Ökonomie – sowohl der liberalen wie der marxistischen – prägen lediglich einen Teil dieses Motivationskomplexes. Der Sieg der realistischen Schule in der Theorie der internationalen Beziehungen war insofern ein Pyrrussieg, als das Niederringen der idealistischen Ansätze zugleich die kulturelle Dimension individuellen, wie staatlichen Handelns aus dem Blickfeld rückte und damit erst die Begrenztheit der nationalstaatlichen Interessen-Perspektive deutlich werden ließ. Die Vorstellung, dass individuelle und staatliche Interessen objektive Größen seien, die empirisch

jederzeit bestimmt werden können, führt in die Irre. Die vermeintlichen Beispiele, die für einen solchen, nennen wir es Interessen-Positivismus sprechen, entstammen meist der Ökonomie und beruhen auf einem radikal reduzierten und vereinfachten Konzept menschlicher Handlungs-Rationalität. Unternehmer maximieren dann ihre Gewinne und Konsumenten ihren Konsum etc. Die damit unterstellten Wertorientierungen werden der Komplexität menschlicher Handlungsgründe nicht gerecht. Wie ich an anderer Stelle ausführlich dargestellt habe, scheitert dies schon daran, dass der größte Teil unserer handlungsleitenden Gründe im Rahmen einer konsequentialistischen Theorie der Rationalität nicht rekonstruiert werden kann.⁸

Die subjektivistische und relativistische Gegenposition versteht Interessen und Wertorientierungen als kulturelle Konstruktionen, denen jeder reale Gehalt, sei er empirisch oder normativ konstituiert, abgeht. Menschen handeln jedoch, weil sie die eine oder andere Option für begründet halten, weil sie der Auffassung sind, dass gute Gründe für diese Handlung sprächen und weniger gute für andere offen stehende Alternativen. Es gehört dabei zu der spezifischen Rationalität der Moderne zwischen eigenen Interessen und guten Gründen zu unterscheiden. Nicht alles, was im eigenen Interesse ist, hat auch die besten Gründe auf seiner Seite. Es entspricht einem verkürzten Verständnis von Handlungsrationaltät, wenn ausschließlich die Interessen des Akteurs zur Richtschnur gemacht werden. Die öffentlichen politischen Begründungsspiele sperren sich gegen diese Form der Reduktion, ebenso wie die lebensweltliche Praxis des Gründegebens und -nehmens.. Hier steht also nicht lediglich die lebensweltliche Komplexität in der Alltagspraxis verankerter Handlungsgründe gegen die Logik des politischen oder des ökonomischen Systems⁹, sondern es sind die Modi öffentlicher politischer Begründung selbst, die dieser Reduktion im Wege stehen. Dies mag der tiefere Grund für das Phänomen sein, das in der Theorie der internationalen Beziehungen gelegentlich als Doyle'sches Gesetz bezeichnet wird. Die besonderen öffentlichen Begründungspflichten in der Demokratie, die Möglichkeit freier Information und die wechselseitige Kontrolle politischer Institutionen erschweren in Demokratien die Begründung dafür kriegerische Mittel gegen andere Demokratien einzusetzen.¹⁰ Die Hoffnung Immanuel

⁸ Kritik des Konsequentialismus. München/Wien 1995 und Strukturelle Rationalität. Stuttgart 2001.

⁹ Verweis auf Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns...

¹⁰ Vgl. Michael W. Doyle: „Liberalism and World Politics“ in *American Political Science Rev.* 80 (1986). S. 1151-1169, sowie W. J. Dixon: „Democracy and the Management of International Conflict“ in *J of Conflict Resolution* 37 (1993) S. 42-68

Kants den Frieden in Gestalt eines *foedus pacificum*, eines Bundes republikanischer Staaten, zu sichern¹¹, hat in der Gegenwart eine empirische Bestätigung erfahren.

Gründe haben aber immer einen normativen und jedenfalls von der Intention des Gründe-Gebenden her gesehen auch objektiven Gehaltes. Von Gründen ist man überzeugt, man versucht Gegen-Gründe zu widerlegen, das Spiel des Begründens ist ohne die Präsupposition normativer Sachverhalte gar nicht verständlich. Damit gibt es neben dem realistischen, nationalstaatlich verfassten Interessenparadigma und dem anti-realistischen Paradigma des kulturellen Konstruktivismus ein *drittes Paradigma internationaler Beziehungen*, das Handeln, auch politisches Handeln, speziell in den existentiellen Fragen der internationalen Beziehungen, über die ‚Spiele‘¹² des Gründe-Gebens und Gründe-Nehmens expliziert. Es steht dann nicht Rationalität im Rahmen des realistischen Paradigmas gegen kulturelle Konstruktion, sondern ein erweiterter, durch den Komplex normativer Gründe explizierbarer Begriff von Rationalität gegen einen instrumentalistisch verkürzten einerseits und einen Anti-Rationalismus (des kulturellen Konstruktivismus) andererseits.

Dies führt uns unmittelbar zurück zur Frage der *Identität Europas*. Wir stehen dann nicht vor der Alternative die Interessen eines Quasi-Nationalstaates Europa definieren zu müssen oder uns in den Beschreibungen kultureller Konstruktionen zu ergehen, sondern uns steht die normative Bestimmung guter (politischer) Gründe zur Verfügung, Gründe, die das interne einer europäischen Bürgerschaft konstituierende Netz von Kooperationen tragen und Gründe, die die Interaktionen Europas gegenüber anderen weltpolitischen Akteuren bestimmen.

III Elemente einer so verstandenen normativen Identität Europas

Jeder Nationalstaat pflegt Gründungsmythen, die historisch meist auf schwachen Füßen stehen. Auch im Falle Europas gibt es einen Gründungsmythos, der sogar historisch hinreichend belegt ist, um einen wichtigen Pfeiler der normativ verfassten Identität Europas zu stützen. Dieser Gründungsmythos spielt im klassischen Griechenland und um ihn in seiner Substanz angemessen zu erfassen, ist ein kleiner Exkurs notwendig. Die kurze und bis heute

¹¹ Zum ewigen Frieden...

¹² Die Verwendung des Terminus „Spiel“ soll nicht etwa auf einen vermeintlich unernsten Charakter dieses Gründegebens und –nehmens verweisen, sondern den Zusammenhang mit der Wittgensteinsche Metapher des „Sprachspiels“ herstellen. Auch Robert Brandom's Analysen zu den sprachlichen Inferenzen, Berechtigungen und Begründungspflichten in *Making it Explicit...* kann man als eine präzise Explikation dieser Wittgensteinschen Sprachspielmetapher lesen.

so faszinierende Blüte der griechischen Polis-Kultur bestand ihre Bewährungsprobe in den Persischen Kriegen. Diese kleinen Einheiten, die sich größeren Zusammenschlüssen konsequent verweigerten und die intern nicht als Monarchien, sondern als Republiken verfasst waren, taten sich gegen die übermächtige, und nun wollen wir hier vielleicht missverständlich sagen *asiatische*, Großmacht Persien zusammen, um deren Eroberungsgelüsten entgegenzutreten. Hier stand nicht einfach eine Macht gegen die andere, sondern zwei unterschiedliche existentielle Ordnungen des Politischen. Auf der einen Seite das monarchisch organisierte Großreich Persien, soweit wir wissen in hohem Maße zentral organisiert, mit einem hoch entwickelten Staatsapparat und einem obersten Repräsentanten von Religion, Kultur, Gesellschaft und Staat. Auf der anderen Seite stand ein lockerer Verbund griechischer Stadtstaaten, deren tragender Teil, die *politai*, männliche, selbstständige Vorstände von Haushalten (*oikoi*) keine Macht über sich dulden wollten, weder eine klerikale noch eine feudale, für die die Selbstherrschaft, die *Autarkie*, zu einem zentralen Wert geworden war, der nur eine schwach ausgeprägte Staatlichkeit zuließ. Steuern wurden nur in Notfällen, und dort wo mangelnde Spendierfreude oder große Armut die zentralen öffentlichen Aufgaben wie Tragödienspiele und Armenfürsorge in die Unterfinanzierung getrieben hatten, erhoben und kriegerische Auseinandersetzungen hatten eher den Charakter eines blutigen Kräftemessens, als den einer strategischen Ausdehnung eines hegemonialen Zugriffes.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die doppelte Abwehrstellung des zentralen politischen Wertes der Autarkie zu verstehen: Er war sowohl gegen klerikale Autoritätsansprüche, wie gegen feudale und speziell monarchische Herrschaftsansprüche gerichtet. Die religiöse Ordnung musste ihren Einfluss über eine Vielzahl von Festlichkeiten und Ritualen sichern und spielte in Gestalt gelegentlicher Politikberatung eine nicht wegzudenkende Rolle. Aber die Idee einer Ziviltheologie, die es den einzelnen Poleis gestattete ihre je spezifischen Riten zu etablieren und sie als Mittel der Kohäsion ihrer Polis einzusetzen, gab es in dieser Form in keiner anderen uns bekannten Hochkultur. In den Perserkriegen stand eine urbane Kultur der Freiheit gegen eine politisch-religiöse Monarchie, ein Verband von Verbänden freier Bürger gegen die Untertanen eines asiatischen Großreiches. Dass das so weit besser organisierte, auf Menschenleben weit weniger Rücksicht nehmende Großreich am Ende gegen die kleinen griechischen Poleis verlor, gibt diesem historischen Ereignis natürlich erst seine Qualität als Gründungsmythos.

Die hier gegebene Interpretation des Konfliktes zwischen Perserreich und griechischer Polis-Kultur entspricht möglicherweise nicht in allen Facetten der historischen Wahrheit, aber es leitete die Interpretation, beginnend bei den griechischen Zeitgenossen. Letztlich ist es in unserer – normativen – Perspektive auch unwesentlich, in welchem Umfang dieser Gründungsmythos historischen Tatsachen entspricht. Er eignet sich jedenfalls um eine normativ verfasste Identität Europas zu akzentuieren. Ich spitze zu: Die antike Geschichte des Mittelmeerraumes ist keine Vorgeschichte Europas, sondern ist genuine europäische Geschichte. Europa hatte eine historische Realität lange bevor die Nationalstaaten die Bühne der Weltgeschichte betraten. Das antike Europa war bei allen Friktionen historische Realität, ein Zusammenhang von Ideen, Menschen und Gütern, durchzogen von Konfliktlinien, aber zusammengehalten durch den Ursprung der griechischen Polis-Kultur, dann überformt durch die zivilisatorische Leistung des Imperium Romanum.

Bleiben wir daher noch bei dem Ursprung Europas und versuchen wir daraus weitere Elemente seiner normativen Identität zu destillieren. Neben den oben genannten zentralen Wert der Autarkie, der nicht nur politische Implikationen hatte, sondern die wirtschaftliche Verfasstheit der Polis ebenso bestimmte, wie die interpersonalen Verhältnisse der Vollbürger innerhalb der Polis, ist es vor allem das Phänomen der *Rationalisierung*, also das frühe Entstehen wissenschaftlichen, nach-mythologischen Denkens, das diese griechische Polis-Kultur prägte, natürlich in ganz besonderem Maße Athen und einige Pflanzstädte (Kolonien). Wissenschaftliche Rationalität fragt nach Gründen ohne weltanschauliche, politische oder religiöse Vorgaben. Wie wir nach der enttäuschenden Geschichte des neuzeitlichen Rationalismus wissen, kann Wissenschaft nie voraussetzungslos sein. Ihre Voraussetzungen liegen in der Lebenswelt begründet¹³ und nirgendwo wird das deutlicher, als bei ihren Ursprüngen in der griechischen Klassik. Aber die Fähigkeit zu lokaler Skepsis, die Fähigkeit auch lieb gewonnene und über Traditionen selbstverständlich gewordene Argumentationsmuster (Begriffe) und Überzeugungen in Frage zu stellen, den Versuch zu machen sie in einen größeren systematischen Zusammenhang einzubetten und sie damit auch einer Prüfung zu unterziehen, beginnt in einer zu dieser Zeit unbekanntem Radikalität mit der Vorsokratik. Man kann sogar guten Gewissens sagen, dass diese Blütezeit wissenschaftlichen Denkens mit dem Untergang der griechischen Polis-Kultur einen schleichenden Niedergang erlitt, der zunächst in Gestalt blühender Stätten der Gelehrsamkeit, im Aufbau umfangreicher Bibliotheken, im um sich greifenden Bildungswissen des Hellenismus einen glänzenden

¹³ Näher bin ich darauf in „Wissenschaft und Lebenswelt“..., i.D. eingegangen

Abschied nimmt. Über den Umweg griechischer Hauslehrer und des entstehenden römischen Bildungsbürgertums verbreitet sich die wissenschaftliche Rationalität der griechischen Klassik über das mittelmeerische Europa allerdings in einer pragmatischen verflachten Form, die rhetorisch eindrücklich, aber philosophisch wenig ergiebig, die römische Spät-Stoa prägt. Das Stichwort Stoa bringt uns zum dritten Element der normativen Identität Europas, das in der Antike seinen Ursprung hat: der *Universalismus*. Entgegen Jan Assmanns These vom Monotheismus als Ursprung des Universalismus [FN], die in der Forschungsliteratur umstritten ist [FN], scheint mir die erste Form eines genuinen Universalismus mit der Stoa, einer durch und durch säkularen Denktradition, vorzuliegen. Schon die frühe und die mittlere, aber vor allem die späte Stoa kennt nur noch menschliche Individuen in einem geordneten Kosmos. Sie scheidet nicht zwischen Polis-Bürgern und Barbaren, zwischen Römern und ihren Feinden, zwischen Gläubigen und Ungläubigen. Es geht ihr um den Menschen, seine Selbst- und Fremdverantwortung in einer vernünftig verfassten Ordnung. Hier kommt die in der Autarkie-Kultur der griechischen Klassik angelegte Selbstverantwortung des Individuums zu seiner vollen ethischen Entfaltung und zugleich tritt – nur scheinbar paradox – das Individuum in den geordneten Rahmen des Kosmos zurück, es relativiert seine Bedeutung und sein Leben. Der gebildete Stoiker bringt dies zum Ausdruck indem er leicht von diesem Leben Abschied nimmt, ohne auf ein jenseitiges zu hoffen. Der geradezu stille Untergang der römischen Oberschicht angesichts der Wucht unzivilisierter Eroberer aus dem Norden, hängt mit dieser stoischen Haltung zusammen. Wenn eine gute selbstverantwortete Lebensform nicht mehr möglich ist, dann kann es ohne Aufbäumen und Klagen beendet werden. Der geordnete Kosmos bleibt bestehen und das Schicksal des Einzelnen spielt für diesen keine Rolle. Die Würde des Stoikers ist nicht die des existentiellen Grenzfalls, sondern die der alltäglichen Pflichterfüllung gegenüber sich und den Mitmenschen, wie es in den Selbstbetrachtungen des römischen Kaisers Marc Aurel mit melancholischen Untertönen, aber sehr eindringlich zum Ausdruck kommt. Diese universalistische Weltanschauung der Stoa wird dann bald christlich eingemeindet und abgemildert, scheint mir aber der Nukleus einer Weltanschauung zu sein, die dann erst wieder im Renaissance-Humanismus zum Durchbruch kommt und bei Immanuel Kant ihre reife philosophische Gestalt annimmt: Die Idee der gleichen menschlichen Würde, gestützt auf den Vernunft-Charakter der Menschennatur. Es ist die *Verbindung von Humanismus, wissenschaftlicher Rationalität und Universalismus*, die den Aufbruch in die europäische Moderne prägt und die Grundlagen für eine durchaus problematische Dominanz europäischer Kultur über Jahrhunderte schafft.

Halten wir also vorläufig fest: In seinem Ursprung ist Europa ein überwiegend über Meersverbindungen zusammengehaltener Raum des Austausches von Idee, Menschen und Gütern, der sich von anderen vernetzten Räumen durch drei machtvolle untereinander verbundene normative Orientierungen auszeichnet. Es ist die Idee der Autarkie oder der individuellen Freiheit, die weder despotische noch klerikale Herrschaft duldet, welche sich mit dem eigenständigen Gebrauch der Verstandeskkräfte (um es kantianisch zu formulieren), also wissenschaftlicher und ethischer Rationalität¹⁴ einerseits und der, Ethnien und Nationen transzendierenden Erkenntnis der grundsätzlichen Gleichbefähigung und Gleichwertigkeit des Menschen, also der Idee der *humanitas*, wie sie in der antiken Stoa angelegt ist, verbindet.

Wo bleibt in diesem, auf die griechische und römische Antike zurückgehende normative Bestimmung des Projektes Europa die Demokratie? Nun, in meinen Augen hat diese einen derivativen Status. *Demokratie* so wie wir sie heute verstehen, ist gerade Ausfluss von recht verstandener Autarkie, also der Sicherung bürgerlicher und menschenrechtlicher Freiheiten gegenüber staatlichen und klerikalen Autoritäten (wie sie etwa in Artikel 1 bis 19 Grundgesetz sich niedergeschlagen haben und in ähnlicher Weise in allen westlichen Verfassungsordnungen), aber auch die Idee der Kontrolle der Regierungen und die Möglichkeit ihrer Abwahl, die ja schon für die griechische Polis-Demokratie eine so zentrale Rolle gespielt hat. Alle großen Schriften der Philosophen von der griechisch-römischen Antike bis zu Immanuel Kant waren demokratie-kritisch. Sie verwendeten den Ausdruck *Politie* (Aristoteles) oder *Republik* (Kant), um sich von der kritisierten Staatsform der Demokratie abzusetzen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass unter Demokratie die unmittelbare direkte (also nicht repräsentative) Volksherrschaft gemeint war, wie sie für eine kurze Phase auch in Athen etabliert war. Diese Volksherrschaft hatte durchaus totalitäre Züge,

¹⁴ Dass das Ethos wissenschaftlicher Rationalität zwangsläufig mit einem universalistischen Geltungsanspruch, man könnte es zuspitzen, mit einem realistischen Wahrheitsanspruch verbunden ist, habe ich in „Wissenschaftsethik“ in: Julian Nida-Rümelin (Hg.): *Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung. Ein Handbuch*. Stuttgart: Kröner²2005, näher ausgeführt. Zur Rolle der wissenschaftlichen Rationalität und der Rationalisierung generell für die Europäische Moderne gibt es eine umfangreiche Diskussion, die bei der Interpretation der Bewegung *scientia nova* in der Frühen Neuzeit einsetzt [Zilsel] und in Max Webers Rationalisierungsthesen einen Höhepunkt findet. Vgl. dazu: Max Weber...Schluchter... Die Identifikation der europäischen Moderne mit dem hypotrophen Rationalismus des 17. Jahrhunderts hat – in meinen Augen zu Recht – Widerspruch geerntet, besonders überzeugend von Steven Toulmin: *Cosmopolis*, ... Je nach Definition der europäischen Moderne ergibt sich das Postulat dieses Projekt der Aufklärung fortzuführen, wie etwa prominent bei Jürgen Habermas (Lit.) oder die These, die alte Moderne durch eine reflexive Moderne oder zweite Moderne zu ersetzen, die je nach Proponent eine mehr oder weniger post-moderne Prägung hat. Diese post-moderne Prägung äußert sich vor allem in der Zurückweisung universalistischer Geltungsansprüche. Vgl.: Ulrich Beck: ... Diese Debatte um erste Moderne/ Post-Moderne/ zweite Moderne oder „reflexive Moderne“ setzt sich auch in der Kunst und in der Kunst-Theorie fort, vgl. etwa: Peter Ruzicka: ... Sowohl in seinem kompositorischen wie in seinem musiktheoretischen Schaffen, sowie in seinem Wirken als Intendant.

dass heißt, der Einzelne konnte sich den Mehrheitsbeschlüssen nicht entziehen, rechtsstaatliche Vorkehrungen, die die individuelle Freiheit des einzelnen Bürgers sicherten, waren schwach entwickelt. Volksversammlungen, die für Stimmungen schon in der Antike anfällig waren, konnten über Leben und Tod einzelner Bürger entschieden, auch Gerichtsentscheidungen glichen oft eher der emotionalisierten Auseinandersetzung in einem Stadtrat, als der sachlichen juristischen Abklärung der Argumente.

Sokrates fiel einer solchen demokratischen Entscheidung zum Opfer und wurde fortan zum Menetekel des Konfliktes zwischen Geist und (demokratischer) Macht. Dabei war gerade Sokrates ein genuin demokratischer Denker, wie es nur wenige gegeben hat. Er betonte die Wertlosigkeit formaler Bildung, die allgemeine Befähigung zum „Selber-Denken“, unabhängig von Stand und Würde, er bezog sich auf die Weisheit der Hebammen (der Beruf, den seine Mutter ausübte), er verachtete die Schriftgelehrten, die Rhetoriker und Juristen, wenn man die Kritik an der sophistischen Bewegung einmal so paraphrasiert. Sokrates war der einfache Mann auf der Straße, der nur seine überragende Intelligenz und seinen kritischen Geist einbrachte und dem die Jünglinge aus gutem Hause mit hohem Bildungsniveau gerade deswegen verfielen. Dies war es wohl, was Sokrates zum Verhängnis wurde. Ein radikaler demokratischer Geist, der die bessergestellte Jugend ihren Eltern entfremdete, sie zu allzu kritischen Menschen machte, der die Autorität der Alten und des Althergebrachten mit philosophischer Gründlichkeit infrage stellte. Dass Platon, der Adelspross, die sokratische Lehre zum Ausgangspunkt nahm, sie aber dann hinreichend transformierte, so dass ihre radikale und demokratische Prägung weitgehend verdeckt wurde, dass es gerade diesem genialen Schüler des Sokrates gelang, Sokrates Ruhm über die Zeiten zu retten, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Demokratie, wie wir sie heute verstehen und wie sie in den besten Zeiten der griechischen Polis-Kultur in einer Art Ur-Form realisiert wurde, bildet ein wesentliches Element dieser normativen Identität Europas, für die ich plädiere, aber sie ist aus den genannten Gründen derivativ, nicht fundamental.

Auch die Idee des *Rechtsstaats*, der rechtlich verfassten politischen Institutionen und der rechtlich verfassten Individualrechte, sehe ich in analoger Weise als ein derivatives Element dieser normativen Identität Europas an. Die rechtliche Gestalt des Staates ist eine der großen Leistungen des antiken Europa. Die Rechtsstaatsidee geht auf die griechische Klassik zurück. Sie ist schon in der Polis-Kultur verankert und wird überhöht im platonischen Spätwerk der *Nomoi*. Hier wird der zweitbeste Staat beschrieben und damit endlich der Ausweg aus der Aporie des vierten und fünften Buches der *Politeia* gefunden, die darin bestand, dass nicht zu

erwarten war, dass die vielen Ungebildeten jene *sophrosyne* als spezifische Tugend ihres Standes ausbilden, die die Stabilität der Polis und die Unterordnung unter wissenschaftliche Rationalität garantieren könnte.

Damit sind *fünf Elemente der normativen Identität Europas* umschrieben: *Autarkie, Rationalität, (universalistische) Humanität, Demokratie und Rechtsstaat*. Die ersten drei miteinander verkoppelt und fundamental, die letzten beiden derivativ, aber von mindestens gleicher Relevanz.

Wie steht es nun aber um die Rolle des *Christentums* für die normative Identität Europas? Anders als die islamischen Schriften und das islamische Denken rezipiert die christlich geprägte Gelehrsamkeit der Spätantike und des Mittelalters nicht nur eklektisch das eine oder andere nützliche Element griechischer Philosophie und Wissenschaft, römischer Rechts- und Staatstradition, sondern geht mit diesen eine unauflöslche Beziehung ein. Die Patristik steht in der Tradition des Platonismus und Neu-Platonismus, der Thomismus in derjenigen Aristoteles und die Ethik und Anthropologie der Stoa wird so weitgehend vom christlichen Denken aufgenommen, dass die römischen Schriften der späten Stoa mit ihren Appellen an Mäßigung und Selbstzucht, Rücksichtnahme und Pflichterfüllung sich – abgesehen von der fehlenden Transzendenz-Erfahrung – fast wie christliche Traktate lesen. Im Gegensatz zum Islam werden die antiken Schriften in Latein, später auch in Griechisch rezipiert, vielfach abgeschrieben und diskutiert, während die Früchte griechischer Gelehrsamkeit im arabischen Raum ins Arabische selektiv übersetzt, dort in imponierende wissenschaftliche Denkgebäude eingebettet werden, aber der kritische und aufklärerische Geist der griechischen Klassik auf diesem Wege keine Wirkungen zeitigt. Auch die christlichen klerikalen Autoritäten sind bemüht, das Verstörende, etwa die erotische Libertinage der griechischen Klassik, zu verbergen und zu verdrängen, auch sie tendieren zu selektiver Lektüre und kontrollierter Rezeption, aber der griechische und römische Geist bleibt hier lebendig, so dass es lediglich einer anhaltenden Erschütterung des christlichen Weltbildes durch Nominalismus und Astronomie bedurfte, um ihn wieder in Humanismus und Renaissance zu einer prägenden historischen Kraft werden zu lassen.

Die Auflösung des alten Denkens geschieht unter Rückgriff auf das ganz Alte, Vorchristliche, Platonismus und Epikureismus werden gegen Aristotelismus in Stellung gebracht.

Machiavelli zitiert ausführlich aus römischen Traktaten, Gassendi setzt Epikur wieder ins Recht, Giordano Bruno Platon. Der ganz alte Geist am Ursprung des europäischen Projektes blieb das Mittelalter hindurch lebendig – zunächst dogmatisiert hinter Klostermauern – und

erlebt dann eine neue Blüte ohne Dogma in Humanismus und Renaissance und bereitet damit die europäische Aufklärung vor, die in der amerikanischen und der französischen Revolution kulminiert und den europäischen Kontinent in eine Dynamik treibt, die ihre augenfälligste Gestalt zunächst im Aufblühen der Wissenschaften hat, in der Entstehung einer europäischen Universitätslandschaft, um dann mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts eine explosionsartige und sich immer weiter beschleunigende Entwicklung in Technik, Wirtschaft, aber auch Gesellschaft und Politik auszulösen. Europa dominiert für einige Jahrhunderte weite Teile der Welt, alte Hochkulturen werden zerstört und dauerhafte Abhängigkeiten geschaffen., Das starke Bevölkerungswachstum und die neue Mobilität lassen Millionen Europäer in die Neue Welt, die beiden Amerikas, emigrieren. Verelendung und Verstädterung, neuer Reichtum der Kaufleute und Industriellen, Abstieg der alten feudalen und klerikalen Stände, Entsolidarisierung und die Entstehung eines städtischen Bürgertums pflügen den europäischen Kontinent um. Zugleich verbreiten sich europäische Kultur, Technik, Wirtschaft und Lebensweise über die Welt bis die europäische Selbstzerstörung in zwei Weltkriege, in Faschismus, Nationalsozialismus und Stalinismus einmündet und eine mühsame Rekonstruktion des europäischen Projektes nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nötig macht.

Diese Rekonstruktion muss da wieder ansetzen, wo die europäische Selbstzerstörung begann: An der gemeinsamen Wissenschafts- und Kulturtradition, einer europäischen, multilingualen Bürgerschaft, dem Rekurs auf das griechische und römische Erbe, dem europäischen Humanismus und der europäischen Aufklärung, eben an den zentralen europäischen Werten der Autarkie und der Freiheit des Individuums, der Rationalität und der Autonomie von Wissenschaft und Kunst, des Universalismus in Anthropologie (Gleichheit) und Ethik (Menschenrechte), der Demokratie und des Rechtsstaates. Diese hier beschriebene normative Orientierung des europäischen Projektes ist weder exklusiv, noch partikular, sie enthält wichtige Gemeinsamkeiten mit anderen Kulturregionen und sie beinhaltet universelle Geltungsansprüche, etwa in Gestalt der Menschenrechte. Dies desavouiert sie jedoch keineswegs. Wer die Identität einer Person beschreibt, wird charakteristische Persönlichkeitsmerkmale nennen von denen keine ausschließlich dieser Person zukommt, ja selbst die beschriebene Kombination wird keineswegs weltweit einmalig sein. Die einzelne Person ist ein *token* (kein *type*), und wie es *token* eigen ist – sie lässt sich durch keine Kombination von Eigenschaften eindeutig kennzeichnen (sie hat eine, wie Saul Kripke es

nennt, „Querwelteinidentität“, die sich nicht durch Prädikate erfassen lässt¹⁵). Europa ist ein *token*, der durch die konkreten normative Verfasstheit seiner Institutionen und seiner konkreten zivilen Praxis, durch die realen Einstellungen und Interaktionen seiner Bürger, durch ein Netz von realen Kooperationen konstituiert ist – das macht seine Identität aus, die sich nicht wirklich beschreiben lässt. Hier wurden lediglich bestimmte abstrakte Eigenschaften benannt, die für diese Identität eine wichtige Rolle spielen – jedenfalls spielen sollten.

¹⁵ Vgl. Saul Kripke: Naming and Necessity..., sowie Wolfgang Stegmüller: Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, Bd. 2...Kap.